

Anti-Atomdorf Grohnde nach Polizei-Prügeleinsätzen geräumt

Gestern früh wurde in einem von langer Hand geplanten Bürgerkriegsmanöver das Anti-Atom-Dorf auf dem Kühlturmgelände am AKW-Bauplatz Grohnde mit massiven Polizeikräften geräumt. Nach selbst von Innenminister Gross bestätigten Angaben umzingelten 1100 schwerbewaffnete Polizisten und über 200 Kriminalbeamte das Anti-Atom-Dorf, in dem sich etwa 200 Kernkraftgegner aufhielten. Stunden vorher schon war die gesamte Gegend in ein bürgerkriegsähnliches Aufmarschgelände verwandelt worden; sämtliche Straßen in Richtung Grohnde wurden durch Straßensperren abgeriegelt. Dann begannen die Polizeitruppen ihren Vormarsch in konzentrischen Ringen auf das Lager und versuchten, durch Lautsprecheransagen die Dorfbewohner einzuschüchtern und provokativ aufzufordern, einzeln das Lager zu verlas-

sen und sich der „polizeierkennungsdienstlichen Behandlung“ zu unterziehen. Die AKW-Gegner protestierten durch Ausrufen von Parolen gegen das mörderische Atomprogramm der Schmidt-Regierung und die Forderung, geschlossen und ohne Polizeikontrolle abzuziehen. Hierauf erfolgten mehrere Prügeleinsätze, während derer mehrere AKW-Gegner festgenommen wurden. Daraufhin drangen die Polizeitruppen in das Lager ein, nahmen sämtliche AKW-Gegner fest, führten Leibesvisitationen und erkennungsdienstliche Maßnahmen durch. Ein Kernkraftwerksgegner wurde festgenommen. Die Kommunistische Partei Deutschlands protestiert aufs schärfste gegen diesen neuerlichen Höhepunkt polizeistaatlicher Gewaltmaßnahmen gegen die Volksbewegung gegen Atomkraftwerke.

Wieder war der Polizeiknüppel das letzte Argument, das die Landesregierung Albrecht wie schon zuvor in trautem Einverständnis mit der Schmidt-Genscher-Regierung in Grohnde, Brokdorf, Wyhl und an anderen Orten vorzubringen vermochte. In Grohnde war gegen die Einwendungen von 14 000 Bürgern der Bau des AKW aufgenommen worden, gegen den sich die berechtigte Bauplatzbesetzung auf dem Kühlturmgelände am 12. 6. 77 richtete. Schnell wurde das Anti-Atom-Dorf zum Zentrum der Diskussionen der Bevölkerung des Umlandes über die mörderischen Gefahren der Atomenergie. Mit Nahrungsmitteln, Baumaterial und vielfältigen anderen Unterstützungsaktionen bewies die Bevölkerung ihre große Sympathie und Solidarität mit dem Kampf der AKW-Gegner als ihre ureigenen Anliegen.

Zahlreich beteiligten sie sich an Veranstaltungen und wissenschaftlichen Darlegungen sowie kulturellen Aktivitäten, die von den Bewohnern des Anti-Atom-Dorfes durchgeführt wurden. Zugleich wurde das Anti-Atom-Dorf Ausgangspunkt praktischer Widerstandskaktionen gegen ständigen Weiterbau des Atomkraftwerks: Ein Schwertransporter mit großen Bauteilen des AKW Grohnde, der nachts auf den Bauplatz gelangen wollte, wurde spontan gestoppt und trotz Polizeischutz abgeladen. In den sieben Wochen seiner Existenz war das Anti-Atom-Dorf immer stärker zum Zentrum der Umwandlung der gesamten Umgebung in ein Feindesland für die AKW-Betreiber geworden. Die verzweifelten Versuche der Landesregierung und von SPD- und D„K“P, das Lager in einen Teil „friedlicher und besonnenen AKW-Gegner, mit denen es sich verhandeln läßt, und militanten AKW-Gegner“ zu spalten, scheiterten.

So besannen sich die bürgerlichen Parteien einschließlich der D„K“P und die AKW-Firma Preußen-Elektra der alten Methode der massiven Hetze und Verleumdung des Anti-Atom-Dorfes, wie sie schon zum 19. Februar in Brokdorf und gerade auch am 19. März in Grohnde angewandt wurde. In der örtlich kontrollierten Presse wurden verleumderische Hetzartikel verbreitet, in Kirchhosen gründete ein faschistischer Schläger und Säuer eine von der Reaktorindustrie bejubelte sogenannte „Bürgerwehr“, die gegen die „Terroristen vom Atomdorf“ vorgehen wollten. Von diesen gekauften Zehngroschen-

jungen wurden Fensterscheiben bekannter AKW-Gegner eingeworfen. Die Polizei beteiligte sich massiv an dieser Pogromstimmung. AKW-Gegner wurden überfallen, Blutproben unterzogen, obwohl sie überhaupt keinen Pkw gefahren hatten. Preußen-Elektra mußte noch vor mehreren Wochen ihren Bauarbeitern schriftlich verbieten, das Anti-Atom-Dorf zu besuchen und mit den Dorfbewohnern zu sprechen, da sie die zunehmende Solidarität mit dem Kampf der Kernkraftwerksgegner unter ihrer Belegschaft zu Recht fürchtete. Im Zuge der Hetzkampagne prangen jetzt plötzlich auf der Baustelle in Normschrift acht große Transparente mit Texten wie: „Wir Bauarbeiter fordern: Treibt das Molukkendorf in die Weser!“ Beispiele dieser reaktionären Hetzkampagne ließen sich beliebig fortsetzen.

Innenminister Gross versuchte sich gestern auf einer Pressekonferenz in Hannover in seinem bürgerlichen Zynismus selbst zu übertreffen, als er zur Verteidigung des riesigen Polizeieinsatzes und seiner „Verhältnismäßigkeit“ erklärte: „Niemand hat das Recht, Selbstjustiz zu üben!“

Diese Logik ist von der gleichen Struktur, mit der die Schmidt-Regierung mittels der Lügenkampagne von der Sicherheit, Arbeitsplatzbeschaffung und Energieknappheit angeblich „im Interesse des Volkes“ das mörderische volksfeindliche Atomprogramm durchsetzen will: Getrieben von der Profitgier der Reaktorindustrie und der mit ihr verbundenen schwerindustriellen Monopole der westdeutschen Bourgeoisie hat die Schmidt-Regierung bislang keine Sekunde gezögert, ihren staatlichen Gewaltapparat zur Bedrohung, Einschüchterung und Kriminalisierung der Anti-AKW-Gegner aufzubieten. Die Bundesregierung ist wild entschlossen, ihr Atomprogramm unter den gegebenen Bedingungen des massiven Widerstands der Bevölkerung durchzusetzen. Die jüngsten scheinheiligen Sprüche ausgerechnet von Bundesforschungsminister Matthöfer, eventuell auf einen fünfjährigen Baustopp hinzusteuern und vor allem stärker auf den sogenannten „Bürgerdialog“ zu setzen, sind als wahrhaft klägliches Manöver leicht zu entlarven. Matthöfer hat vor wenigen Wochen das AKW Esensham an der Unterweser genauso eifertig freigegeben wie das AKW Ohu an der Isar.

Der Seiltanz, den er jetzt vollführt, ist einzig auf die plumpe Täuschung der „Parteibasis“ der SPD auf ihrem wichtigen Landesparteitag im September und Bundesparteitag im November in Hamburg angelegt, wo die Parteispitze der peinlichen Isolierung entgehen möchte, die ihrem Koalitionspartner Genscher und Friderichs jüngst widerfahren war.

Die Volksbewegung gegen Atomkraftwerke wird selbständig im Vertrauen auf ihre eigene, wachsende Kraft, den entschiedenen Kampf bis zum Fall des mörderischen Atomprogramms fortführen.

Die in immer neuer Form wiederkehrenden Versuche der verschiedenen politischen Kräfte von SPD, CDU, FDP bis zur D„K“P, dieser demokratischen Kampfbewegung die Spitze abzubringen und sie von ihrem großen Ziel „Weg mit dem Atomprogramm“ abzubringen, werden zurückgeschlagen und erfolglos sein! Der verstärkte Terror durch die Staatsorgane und die massiven Kriminalisierungsversuche haben die Bewegung nicht zurückgeworfen, sondern im Gegenteil in weiteren Schichten unseres Volkes berechnete Empörung und Solidarität hervorgerufen. Ebenso wird immer deutlicher, daß die Täuschungsmittel und Phrasen vom „Bürgerdialog“, vom Vertrauen in die Parlamente und Gerichte, von Mitbestimmung in Atomanlagen direkt gegen den Kampf der Bewegung gerichtet sind und sie an den bürgerlichen Staat ketten sollen.

So wird auch der Polizeiberfall auf das Anti-Atom-Dorf Grohnde keinesfalls den Widerstand gegen das mörderische Atomprogramm schwächen, sondern weiteren Teilen unseres Volkes deutlich machen, daß unser entschiedener Widerstand gegen das Atomprogramm und alle Versuche des Staats, unsere demokratischen Rechte in diesem Kampf – wie das Demonstrationsrecht am Bauplatz und auf dem Bauplatz – außer Kraft zu setzen, notwendig und gerecht ist. Deswegen wird die Rechnung von Schmidt und Genscher, Albrecht, Stoltenberg, Kühn und Koschnik nicht aufgehen:

● Das mörderische Atomprogramm der Schmidt-Regierung wird fallen!

● Kein AKW in Grohnde, Brokdorf, Magdeburg oder anderswo!

● Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren gegen AKW-Gegner!

● Schluß mit den Bürgerkriegsmanövern der Polizei!